

Entschließungsantrag

eingbracht am 06.07.2015, 14:14:50

Regierungsmitglied(er): Landesrat Mag. Christopher Drexler

LTAbg: LTAbg. Hannes Amesbauer, BA (FPÖ), LTAbg. Erich Hafner (FPÖ), LTAbg. Herbert Kober (FPÖ), LTAbg. Anton Kogler (FPÖ), LTAbg. Andrea Michaela Schartel (FPÖ), LTAbg. Dipl.-Ing. Hedwig Staller (FPÖ), LTAbg. Marco Triller, BA (FPÖ)

Betreff:

Therapie statt Verbot: Erhöhung des Therapieangebotes für suchtkranke Personen!

Begründung:

Im Juni 2015 erfolgte die Vergabe der sogenannten Glücksspiel-Lizenzen. Somit sind nun drei Unternehmen zwölf Jahre lang berechtigt, über 1.000 Spielautomaten in der Steiermark zu betreiben. Dieser Umstand allein ist kein Grund, um einen parteipolitischen Skandal vom Zaun zu brechen. Die vorliegende „Dringliche Anfrage“ der KPÖ wirft jedoch zweifelsohne berechnete Fragen auf, die im Rahmen der Vergabe der Glücksspiel-Lizenzen gestellt werden müssen.

Hauptproblem im Bereich der Spielsucht ist jedoch nicht alleine die Standortfrage der Spielautomaten. Ein komplettes Verbot derselben, wie oftmals von der KPÖ gefordert, erscheint auf den ersten Blick ein verlockender Lösungsansatz. Bei genauerer Betrachtung der Thematik wird jedoch augenscheinlich, dass diese Maßnahme das Spielsucht-Problem nicht lösen, sondern lediglich verlagern würde. Verböte man das Aufstellen aller Automaten (Casinos ausgenommen), würde das in den letzten Jahren ohnehin streng reglementierte „kleine Glücksspiel“ in der Steiermark komplett in die Illegalität abdriften und innerhalb des Internets, ohne jegliche behördliche Kontrolle, transferiert werden. Staatliche Möglichkeiten zur Einschränkung (Höhe der Spieleinsätze, zeitliche Dauer des Spielens etc.) würden dann vollends fehlen. Ob damit dem Suchtverhalten von Betroffenen effektiv begegnet werden kann, bleibt mehr als fraglich.

Weitgehend unbestritten ist indes, dass spielsuchtkranke Personen durch Therapien und fachgerechte Betreuung von ihrer Krankheit befreit werden können. Seit nunmehr drei Jahrzehnten leistet hierbei die steirische Gesellschaft für Glücksspielsucht (b.a.s. = betrifft abhängigkeit & sucht) einen unverzichtbaren Beitrag zur Prävention von Suchtkrankheiten (Alkohol, Spielsucht etc.). Ende der 1980er Jahre erhielt die b.a.s. vom Land Steiermark den Auftrag, regionale Beratungsstellen für Suchtkranke einzurichten. Seit 1998 bestand in jedem Bezirk eine Anlaufstelle, die Finanzierung erfolgte ab dem Jahr 2000 über Förderungen des Landes. Umso mehr verwundert es, dass die Steiermärkische Landesregierung im April dieses Jahres die Fördermittel für die Organisation um zehn Prozent kürzte. Ende April richtete hierzu der Vorstandsvorsitzende der Gesellschaft für Spielsucht in der Steiermark, Primar Dr. Werner Friedl, ein Schreiben an alle im Landtag vertretenen Parteien und warnte von den geplanten Einsparungen:

„Trotzdem und obwohl die Kapazitäten noch nicht ausreichen, wurden die Förderungen heuer gekürzt und wir sehen derzeit keine Hinweise auf eine zukünftig gesicherte Finanzierung. [...] Wir fürchten um 30 Jahre Aufbauarbeit!“

2000 Suchtkranke werden jährlich in der Steiermark betreut, rund zwei Drittel davon sind neue Klienten. Allen Warnungen zum Trotz wurden die Subventionen seitens des Landes dennoch gestrichen. Folglich musste die b.a.s. ihr Angebot für die Behandlung suchtkranker Personen drastisch reduzieren. Die Beratungsstelle in Feldbach wurde aufgelassen, das Beratungs- und Therapieangebot in den Bezirken Deutschlandsberg, Leibnitz und Voitsberg gravierend eingeschränkt. Gemäß dem Geschäftsführer der b.a.s., Manfred Geishofer, müssen künftig suchtkranke Patienten noch längere Wartezeiten in Kauf nehmen. *„Nun werden jährlich 300 Menschen nicht bei uns unterkommen, obwohl sie es gerne würden“*, so Geishofer gegenüber der „Kleinen Zeitung“. Laut dem Geschäftsführer erhalten darüber hinaus ohnedies nur sechs Prozent der Suchtkranken in der Steiermark eine fachgerechte Behandlung.

Ob mit der von der Landesregierung vorgenommenen Reduzierung der Fördergelder und damit einhergehenden Verringerung der Therapieprogramme der bestehende Status quo verbessert werden kann, muss bezweifelt werden.

Es wird daher der **Antrag** gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Fördermittel für Beratungs- und Therapieprogramme für spielsuchtgefährdete und spielsuchtkranke Personen in der Steiermark um zumindest zehn Prozent zu erhöhen.

Unterschriften:

LTAbg. Hannes Amesbauer, BA (FPÖ), LTAbg. Erich Hafner (FPÖ), LTAbg. Herbert Kober (FPÖ), LTAbg. Anton Kogler (FPÖ), LTAbg. Andrea Michaela Schartel (FPÖ), LTAbg. Dipl.-Ing. Hedwig Staller (FPÖ), LTAbg. Marco Triller, BA (FPÖ)